

Vom Maoismus zum Marktsozialismus

Die ersten beiden Zwangsmodernisierungen im Nachkriegs-China, der »große Sprung« und die Kulturrevolution, sind gescheitert. Die Reformpolitik unter Mao Tse-tungs Nachfolger Deng Xiaoping war hingegen so erfolgreich, weil sie behutsam begann und das Land nur langsam öffnete. Heute ist die soziale Ungleichheit die wichtigste Ursache für mögliche innere Konflikte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ging Mao Tse-tung aus dem Bürgerkrieg in China als Sieger hervor. Gestützt auf die Landbevölkerung baute Mao ein neues China nach dem Vorbild des Sozialismus in der Sowjetunion auf. Das Privateigentum wurde abgeschafft, die Unternehmen wurden verstaatlicht, die Versorgung mit Konsumgütern wurde rationiert. Die Investitionen erreichten Rekordhöhe und flossen vorzugsweise in die Entwicklung der Schwerindustrie.

Diese Strategie erwies sich zu Beginn als erfolgreich. Das Land konnte seine Bevölkerung ernähren. Aber die neu gewonnene Stabilität ging mit einem starken demografischen Druck und mit bürokratischer Gängelung einher. Und die Tatsache, dass dieser Typ des »realen Sozialismus« keine Anreize jenseits politischer Parolen kannte, ließ die Produktion stagnieren. China blieb ein armes unterindustrialisiertes Agrarland: Nur 10 Prozent seiner Bewohner lebten in den Städ-

ten, und der Anteil des Landes am Welt-handel lag unter einem Prozent.

Mao Tse-tung unternahm zwei Versuche, die Entwicklung des Landes durch künstliches Anheizen des »Klassenkampfes« zu beschleunigen. Der erste war die Kampagne »Lasst hundert Blumen blühen« von 1957, die im Jahr darauf zum Konzept des »Großen Sprungs« erweitert wurde. Der zweite war die Kulturrevolution von 1966. Das Scheitern des »Großen Sprungs« bezahlte das Volk mit einer Hungersnot (1959–1962), die fast 30 Millionen Menschenleben kostete. Die Kulturrevolution wiederum brachte China an den Rand eines Bürgerkriegs und mündete in der Diktatur des Militärs. Als Mao 1976 starb, war das Wirtschaftswachstum auf Null zurückgegangen.

Unter Maos Nachfolger Deng Xiaoping begannen vorsichtige Reformen. Sie konzentrierten sich von 1978 bis 1984 auf die Landwirtschaft. Man löste die Volkskom-munen auf und ging zum bäuerlichen Fa-

► China im 19. Jahrhundert



milienbetrieb zurück. Finanzielle Anreize führten bei den Staatsbetrieben zu mehr Eigenverantwortlichkeit. Dadurch stiegen das allgemeine Konsumniveau und auch der Lebensstandard der Landbevölkerung.

Von 1984 bis 1989 wurden die autoritären Methoden der Planwirtschaft durch neue Prinzipien abgelöst. Zum einen setzte man auf eine Dezentralisierung der politischen Entscheidungen zugunsten der Regionen, zum anderen auf mehr Marktwirtschaft. Alle diese Maßnahmen führten allerdings zu Inflation, Korruption und Schwarzmarktgeschäften, also zu der Entwicklung, gegen die sich die Demonstrationen auf dem Tienanmen-Platz im Juni 1989 richteten. Nachdem diese niedergeschlagen waren, wurde der Reformprozess bis 1991 auf Eis gelegt.

Die dritte Phase des Strukturwandels vollzog sich in den 1990er-Jahren. Die Staatsbetriebe wurden privatisiert, und der private Sektor wurde ausgeweitet; die Handelsschranken wurden abgebaut und Ausländische Direktinvestitionen ebenso wieder zugelassen wie bestimmte marktwirtschaftliche Mechanismen und Institutionen. Um die Jahrtausendwende lag

der Anteil des staatlichen Sektors bei nur noch 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und bei nahe 30 Prozent der Beschäftigung. Die »Kollektivbetriebe« in den Dörfern und Kleinstädten erwirtschafteten 12 Prozent des BIP und beschäftigten 6 Prozent der Arbeitskräfte. Für Privatbetriebe und Selbstständige lag der entsprechende Anteil bei 27 Prozent des BIP und 15 Prozent der Beschäftigung, für ausländische Kapitalgesellschaften bei 6 Prozent des BIP und 3 Prozent der Beschäftigung.

Trotz all dieser als »liberal« vorgestellten Reformen sind noch viele Bereiche der Volkswirtschaft staatlich geschützt und reguliert. So ist die chinesische Währung nicht frei konvertibel, was China jedoch in der asiatischen Finanzkrise von 1997/98 vor dem großen Einbruch geschützt hat. Auch gibt es für Staatsunternehmen nach wie vor privilegierte Kreditkonditionen, und die eigene Produktion wird durch Schutzzölle abgeschirmt und durch Exportsubventionen gefördert.

Dass China seit Dezember 2001 der Welthandelsorganisation (WTO) angehört, hat allerdings den Druck verstärkt: Die Führung ist nun gehalten, Einfuhr-

zölle zu senken und mehr ausländisches Kapital ins Land zu lassen. Zugleich entwickeln sich in der Konkurrenz um die »Billiglöhne« Ansätze eines ungezügelter Kapitalismus. Unter den Bedingungen einer zweigleisigen, staatlichen/privaten Wirtschaft bei gleichzeitigem Abbau der zentralen Finanzaufsicht haben die sozialen Ungleichheiten und die daraus erwachsenden Spannungen zugenommen. Aber andererseits ist der Lebensstandard der Bevölkerung seit 1978 deutlich gestiegen. Von 1950 bis 1980 erhöhte sich auch die durchschnittliche Lebenserwartung von 40 auf 66 Jahre, und die Kindersterblichkeit sank von 175 auf 40 pro tausend Lebendgeburt. Dennoch: Seit den 1990er-Jahren verschärft sich die soziale Ungleichheit, weil das alte System der sozialen Absicherung überfordert ist.

WWW

Einführend

• de.wikipedia.org/wiki/Volksrepublik_China

• de.wikipedia.org/wiki/Maoismus

Portal

• sun.sino.uni-heidelberg.de/igcs

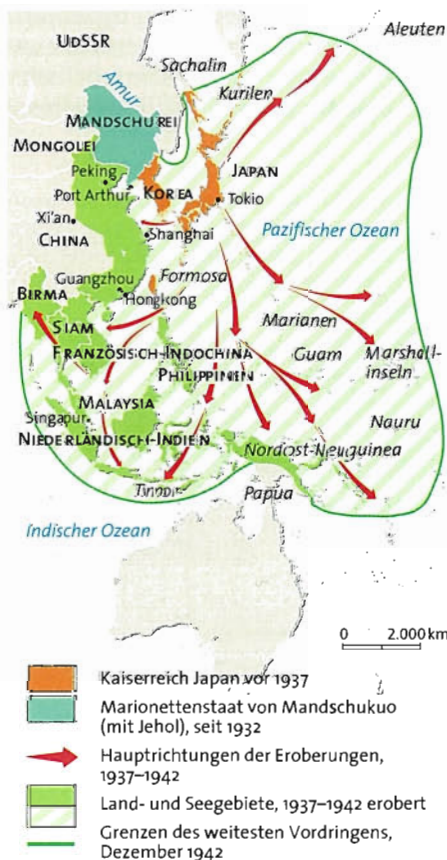
Geschichte

• orpheus.ucsd.edu/chinesehistory

offiziell

• www.china.org.cn/german/index.htm

► Unter japanischer Besatzung



Bürgerkrieg und Expansion nach 1945 ◀

